



Geschäftsführer Martin Heun (links) und Arnt Meyer: Die Leitzentrale der RhönEnergie hat durch die Energiewende viel zu tun.

Foto: Volker Nies

Hohe Belastungen, neue Chancen

RHÖNENERGIE gewinnt neue Kunden und setzt auf neue Produkte

Von Volker Nies

Die Energiewende hat die großen Versorger RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW in existenzielle Nöte gestürzt – vor allem, weil ihre Kraftwerke dramatisch an Wert verloren. Der osthessische Versorger RhönEnergie steht solide da. Aber auch ihn kostet die Energiewende ein Vermögen.

Der RhönEnergie-Vergänger ÜWAG beteiligte sich 2004 bis 2008 an zwei Kohle- und einem Gaskraftwerk. Nach Fukushima 2011 änderten sich die Bedingungen gewaltig. Die Kraftwerke, die bis 2012 Geld verdienten, machten nun gewaltige Verluste.

Bis Ende 2015 legte die RhönEnergie nach Berechnungen

unserer Zeitung 35 Millionen Euro darauf – verdiente aber bis 2011 auch mehr als 20 Millionen mit den Kraftwerken. Aus einem Kohlekraftwerk, das jährlich 3,3 Millionen Euro kostet, steigt die RhönEnergie Ende 2016 aus. Das Gaskraftwerk läuft nur noch bei Spitzenlasten – und verdient Geld.

Doch der Vertrag für das Kohlekraftwerk in Lünen läuft bis 2035. „Er wird uns aus heutiger Perspektive immer Geld kosten“, sagt Geschäftsführer Martin Heun (52), der die RhönEnergie mit Dr. Arnt Meyer (44) führt. Für die nächsten drei Jahre erwarten sie einen Verlust von 12,1 Millionen Euro – pro Jahr.

„Die Energiewende hat aber auch positive Folgen“, sagen sie. „Die großen Konzerne haben Vertrauen verloren. Viele Kunden, vor allem Unternehmen, sind zu uns gekommen.“

Zehn Prozent des Stroms geht an Kunden außerhalb der Region, bei Gas liegt der Anteil sogar bei 50 Prozent. „Das Wachstum ist noch lange nicht am Ende. Wir profitieren auch vom Cross Selling – beim Angebot von Gas und Strom aus einer Hand“, berichtet Heun.

Kunden in der Region treu

Zugleich sind die Kunden in Osthessen der RhönEnergie treu. Anbieter von außen haben es schwer. „Bei Strom haben wir einen Marktanteil von 86 Prozent, bei Gas von 88 Prozent. Der Bundesschnitt regionaler Versorger im Heimatmarkt liegt bei 75 bis 80 Prozent“, sagt Meyer. Der Wettbewerb sei ruppiger geworden. Manche Mitbewerber arbeiten mit unlauteren Methoden.

An der Energiewende ärgert die Geschäftsführer auch der Zickzackkurs der Politik. „Wir investieren langfristig. Aber der gesetzliche Rahmen ändert sich ständig“, berichtet Heun. Erdwärme („Geothermie“) war einst hochgelobt. Dann nicht mehr. Die RhönEnergie-Tochter Terra Therm gab 2013 auf.

Bio-Erdgas aus Reststoffen war bejubelt. In der Biothan-Anlage standen Gäste Schlange. Doch der Bund stellte die Unterstützung ein. „Das Projekt rechnet sich nur deshalb noch, weil die Schweiz unser Bio-Erdgas liebt“, berichtet Heun. Immer wieder musste in die vollkommen neue Technik investiert werden. „Ab 2017 schreibt Biothan schwarze Zahlen“, erwartet Heun.

Aus dem Zickzack der Politik zog die RhönEnergie Konsequenzen. „Wir investieren in keine konventionellen Kraft-

werke mehr“, sagt Heun. Der Windpark vor Borkum wurde doppelt so teuer wie geplant. Mit 18,6 Millionen Euro ist die RhönEnergie engagiert. „Das Projekt ist rentabel. Aber am Abschnitt zwei beteiligen wir uns nicht mehr“, so Meyer. In den Windpark Buchonia bei Schlüchtern investiert die RhönEnergie 25 Millionen Euro – die Hälfte des Gesamtinvests. Windräder bei Eiterfeld sind beantragt.

„Die Belastungen aus der Energiewende hätten wir gern nicht gehabt. Aber wir können sie aus dem normalen Geschäft tragen“, erklären Meyer und Heun. Sie blicken nach vorn und setzen auch auf Produkte neben der Energie: Beratungen, Umwelt- und Energiedienstleistungen. „Dort besitzen wir viel Know-how, das Unternehmen gut gebrauchen können“, ist sich Heun sicher.



Kurswechsel

Ja, das Ziel ist richtig. Deutschland muss sich auf den Weg in eine Energiezukunft ohne Gas, Öl und Kohle machen. Die Kohlenstoffverbindungen sind zu kostbar, als dass wir sie verbrennen – was obendrein klimaschädlich ist. Das Ziel zu erreichen, ist umso schwieriger, als Deutschland zugleich aus der Kernenergie aussteigen will. Dass einige unserer Nachbarn neue Kernkraftwerke bauen wollen und uns dann vielleicht mit ihrem Atomstrom versorgen – es hat die deutsche Öffentlichkeit bislang nicht gestört.

Streiten müssen wir über den Weg in eine saubere Energieversorgung. Solange der Strom zu vertretbaren Kosten nicht speicherbar ist, muss die Stromerzeugung jedes Windrads durch konventionelle Kraftwerkskapazitäten abgesichert werden. Unter dem Strich sorgt das Drehen der Windräder zwar dafür, dass weniger CO₂ anfällt. Doch solange die Kohlendioxid-Zertifikate gehandelt werden können, wird jede Tonne, die wir in Deutschland dank hoher EEG-Subventionen einsparen, anderswo in Europa mehr produziert. Dem Klima bringen deutsche Windräder (noch) nichts.

Wenn wir den Weg weiter gehen wollen, muss die Ökostromproduktion endlich unter Bedingungen der Marktwirtschaft erfolgen: Saubere Strom muss preiswert produziert werden. Und wir brauchen unbedingt ein einheitliches Vorgehen innerhalb Europas. An anderer Stelle hören wir das derzeit ja ziemlich oft.

Volker Nies

„Kosteneffizienz wurde fahrlässig vernachlässigt“

UNTERNEHMERVERBAND über Verlässlichkeit, Ökologie und Folgen der Energiewende

Hessens Unternehmer sehen die Energiewende kritisch. Das sagt Peter Bartholomäus (55), Vorsitzender des Energieausschusses des Verbandes der hessischen Unternehmerverbände, und Chef der Firma InfraServ, die den Industriepark Kalle-Albert in Wiesbaden betreibt.

Wie bewerten Sie die Folgen der Energiewende für die hessische Wirtschaft?

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände trägt die Entscheidung, aus der Kernenergie auszusteigen, ausdrücklich mit. Trotz aller Missstände der Energiewende sollten wir beim Atomausstieg weiter über das „Wie“ streiten, das „Ob“ aber als gesellschaftlichen Konsens sehen.

Aber die Kosten der Energiewende sind gewaltig.

Ja. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien wurde die Kosteneffizienz geradezu fahrlässig vernachlässigt. Deutschland hat aktuell trotz niedriger Börsenstrompreise ein massives Stromkostenproblem. Die realen Stromkosten, vor allem für stromintensive Unternehmen, die die EEG-Umlage und Netzentgelte voll zahlen müssen, sind auf ein nicht mehr vertretbares Maß angestiegen.

Von welchen Beträgen sprechen Sie?

Industriebetriebe ohne Entlastung bei den Umlagen zahlen heute 15 bis 18 Cent pro Kilowattstunde. Die Konkurrenz in Frankreich zahlt nur 6 Cent, die in den USA gar nur vier Cent. Dieser Kostennachteil hat die Investitionsbedingungen in Hessen verschlechtert.



Peter Bartholomäus spricht für die hessischen Unternehmen. Foto: Steffen Höft

Wie bewerten Sie die Folgen für die Energiewirtschaft?

Der Energiepolitik fehlt es an Verlässlichkeit, das spürt auch die Energiewirtschaft. Die Übertragungsnetzbetreiber müssen Strom aus erneuerbaren Energien abnehmen und fest vergüten – egal, ob er benötigt wird oder nicht. Die Kosten hierfür aber werden über die EEG-Umlage auf die Stromkunden umgelegt. So senken erneuerbare Energien zu ihren Einspeisezeiten vor allem die kurzfristigen Großhandelspreise an der Strombörse.

Darunter leiden die Betreiber konventioneller Kraftwerke.

Ja. Sie können ihre Kosten kaum mehr über Verkaufserlöse decken. Die Kraftwerke werden aber weiter benötigt, solange nicht genug Speicher für die schwankende Einspeisung aus erneuerbaren Quellen gibt.

Was fordern Sie?

Um auch langfristig eine sichere Stromversorgung garantieren zu können, müssen sich die erneuerbaren Energien endlich dem Wettbewerb stellen: Die Preise an der Strombörse müssen alle Kosten abbilden, die unsere Stromversorgung verursacht – nicht nur einen Teil davon, wie bisher.

Was muss sich ändern?

Die Versorgungssicherheit ist weiter gegeben, wenngleich die Stromnetzbetreiber schon heute 1000 Mal im Jahr eingreifen müssen, um das Netz stabil zu halten. Ökologisch ist das EEG ein teures Nullsummenspiel, weil Europas Strommarkt durch die CO₂-Obergrenze beeinflusst wird. Die Zertifikate für die Treibhausgase, die deutsche Kohlekraftwerke jetzt weniger ausstoßen, werden nun von polnischen

oder spanischen Kraftwerksbetreibern genutzt.

Welche Folgen hat das?

Der zu hohe Industriestrompreis und vor allem die ständigen Gesetzesänderungen der Politik sind eine echte Investitionsbremse. Sie schrecken internationale Investoren ab und entziehen heimischen Unternehmen Gelder, die sonst für Investitionen zur Verfügung stünden. Dennoch setzt sich die hessische Landesregierung leider weiter für Sonderprämien für besonders schlechte Windkraftstandorte ein. Das ist unsinnige Heimatstrompolitik, die ökologisch unwirksam ist und den Strompreis weiter verteuert. Für Ökostromanlagen sollten keine Dauersubvention mehr zugesagt werden. Wir brauchen endlich wieder Wettbewerb auf dem Strommarkt! vn